Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute unter anderem zu folgenden Themen: Griechenland-Krise; „Fachkräftemangel“; Das kreative Prekariat: Es lohnt sich nicht, fleißig und gebildet zu sein; Teuer und gefährlich? Privatisierte Autobahn; Schuften bis zum Umfallen: Die Verlierer bei Subway; Stuttgart 21; Bericht über den Missbrauch von Aufwandsentschädigungen von MEPs; EU führt neues Lobbyregister ein – Nachbesserungsbedarf bleibt; Neue Aufgabe für Koch-Mehrin; Hochschul-Rankings und ihre Auswirkungen; US-Gesundheitssystem: Bankraub für einen Arzttermin; Obamas Abzug; Flüchtlingsdrama vor Menschenrechtsgericht; Gehirnwäsche nach Noam Chomsky – 10 Strategien der Manipulation; Wie viel sind 10 Milliarden Euro?; TV-Tipps; Zu guter Letzt: Pelzig hält sich. (RS/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Griechenland-Krise
2. „Fachkräftemangel“
3. Das kreative Prekariat: Es lohnt sich nicht, fleißig und gebildet zu sein
4. Teuer und gefährlich? Privatisierte Autobahn
5. Schuften bis zum Umfallen: Die Verlierer bei Subway
6. Stuttgart 21
7. Bericht über den Missbrauch von Aufwandsentschädigungen von MEPs
8. EU führt neues Lobbyregister ein – Nachbesserungsbedarf bleibt
9. Neue Aufgabe für Koch-Mehrin
10. Hochschul-Rankings und ihre Auswirkungen
11. US-Gesundheitssystem: Bankraub für einen Arzttermin
12. Obamas Abzug
13. Flüchtlingsdrama vor Menschenrechtsgericht
14. Wie viel sind 10 Milliarden Euro?
15. TV-Tipps
16. Zu guter Letzt: Pelzig hält sich

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Griechenland-Krise**
    a. **IMK: Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum**

Die Stimmen für eine Umschuldung der griechischen Staatsschulden mehren sich. Die bisherigen Maßnahmen haben in den Augen vieler keinen Erfolg gebracht, zudem wird es als ungerecht angesehen, dass private Gläubiger nicht an den Schuldenlasten beteiligt werden. Um bewerten zu können, welche Maßnahmen tatsächlich sinnvoll sind, soll im Folgenden eine Bestandsaufnahme der aktuellen wirtschaftlichen Lage Griechenlands vorgenommen werden. Daran anschließend werden Maßnahmen zur Überwindung der Schuldenkrise, die auch eine Leistungsbilanzkrise ist, erörtert. Im Ergebnis zeigt sich, dass die gegenwärtig praktizierte Strategie sukzessiver Hilfsprogramme in Kombination mit Austeritätsauflagen nicht zum Ziel einer Stabilisierung oder gar Reduzierung der Schuldenstandsquote führt. Noch gefährlicher als eine harte Konsolidierung wäre aber jede Form einer Umschuldung. Ein pauschaler Haircut würde die griechische Wirtschaft stark belasten und die Existenz des Euroraums in Frage stellen. Eine sanftere Form des Schuldenschnitts wie die Verlängerung der Rückzahlungsfristen bis hin zum freiwilligen Verzicht privater Gläubiger würde keine reale Entlastung bringen. In jedem Falle würde die Investition in alle Staatsanleihen des Euroraums mit höheren Risiken behaftet sein. Vor allem aber bestünde die Gefahr, dass die Anleger die Anleihen aller Krisenländer in massiver Weise abstoßen und so weitere Schuldenschnitte herausfordern. Daher wird im Folgenden ein Alternativprogramm vorgestellt, in dem es vor allem darum geht, die Zinsen auf einem Niveau zu halten, dass dem Staat die nötige Konsolidierung erlaubt, einen Schuldenschnitt verhindert und der griechischen Wirtschaft Spielraum für Wachstum lässt.
Quelle: IMK Report Nr. 63 vom Juni 2011 [PDF – 388 KB]

b. **Klippschul-Ökonomie aus Hamburg**
Der Text, an dem acht Spiegel-Redakteure mitgewirkt haben, hat passagenweise nur unwesentlich höheres Niveau als die Pöbel-Kommentare hier im Handelsblog… Keine Frage, die Euro-Krise ist hochgefährlich, die Einführung der Gemeinschaftswährung war möglicherweise ein Fehler, und die Politik agiert fragwürdig und konzeptlos.
Die „Spiegel"-Kollegen schildern die Sache aber derartig holzschnittartig, dass es mir die Sprache verschlägt. Der Euro, so die große Botschaft, ist an allem Schuld, und ohne ihn stünde Deutschland blendend dar.
Quelle: Handelsblog

c. **Finanzbranche zieht Kanzlerin auf ihre Seite**
Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und weiterer EU-Staaten haben Banken und Versicherer zu Gesprächen über deren Beitrag zur Rettungsaktion für Griechenland zusammengetrommelt. In Frankfurt trafen Beamte des

Bundesfinanzministeriums am Mittwoch Vertreter von Deutscher Bank, Commerzbank , DZ Bank, HVB, WestLB, Landesbank Baden-Württemberg, WGZ, Deka-Bank, HSH Nordbank, Allianz und Munich Re . Ähnliche Diskussionen laufen in Frankreich und den Niederlanden…
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dämpfte am Mittwoch die Erwartungen aus ihrer eigenen Regierungskoalition an den Beitrag des privaten Sektors. Der Ruf nach der Beteiligung der Gläubiger sei eine "Außenseiterposition" in der EU, die neben Deutschland nur die Niederlande und Finnland vertreten, sagte Merkel im Europaausschuss des Bundestags. Es sei bereits ein "riesiger Erfolg" gewesen, Frankreich ins Boot zu holen.
Die ursprüngliche Hoffnung, dass private Gläubiger bis zu 30 Mrd. Euro zu einem bis zu 120 Mrd. Euro schweren Hilfspaket beisteuern, kann die Bundesregierung somit kaum aufrechterhalten. Banken und Versicherer haben ihre Griechen-Anleihen bereits stark abgebaut, sodass sie nicht mehr so viele alte in neue tauschen könnten. Deutsche Banken hielten Ende März noch 9,9 Mrd. Euro, deutsche Versicherer 2,8 Mrd. Euro – je etwa halb so viel wie im Jahr zuvor.
Die Kanzlerin warnte davor, Druck auszuüben. "Eine erzwungene Beteiligung würde ein Credit-Event auslösen", sagte sie… Anfang der Woche hatten Bankenvertreter noch lautstark Bürgschaften für eine Tauschaktion gefordert. Ein Banker sagte, man könne alte Anleihen zu einem Vorzugskupon in neue wechseln, die dann staatlich garantiert würden. "Das ist die einzige Möglichkeit, wenn wir Abschreibungen vermeiden wollen, die wieder mit Staatshilfen kompensiert werden müssten."
Quelle: FTD

Anmerkung WL: *Typisch Merkel: Zuerst hat sie wegen einer Beteiligung des privaten Sektors die Backen dick aufgeblasen, doch kaum lassen die Banken ein wenig ihre Muskeln spielen, palavert sie vom „Credit-Event". Schon an der Sprache kann man erkennen, wer ihr das eingeflüstert hat.*

2. **„Fachkräftemangel"**
   a. **Fachkräftemangel Von der Leyen erleichtert Anwerbung von ausländischen Ingenieuren und Ärzten**
   Die deutsche Wirtschaft klagt über einen Mangel an Fachkräften. Ein Konzept der Bundesregierung soll es Firmen nun erleichtern, Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Angesichts des Fachkräftemangels erleichtert die Bundesregierung der Wirtschaft die Anwerbung von ausländischen Ingenieuren

und Ärzten. Deutsche Firmen dürfen ab sofort diese Fachkräfte aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (EU) einstellen, ohne dass sie vorher nachweisen müssen, dass im Inland kein geeigneter Bewerber zu finden war.
Quelle: Die Zeit

Anmerkung unseres Lesers H.-A.B.: *Interessant ist auch das "Ablenkungsmanöver" des Zeit Autors: Der im Gespräch befindliche Mindestverdienst dieser Fachkräfte wird mit dem Durchschnittsverdienst in Deutschland verglichen – und NICHT mit dem Durchschnittsverdienst in diesen Berufsgruppen!!! Ein weiterer Versuch, um das Lohnniveau zu senken. Meines Wissens liegen die 40.000 Euro deutlich unter dem Durchschnitt der betrachteten Branchen. So wird z. B. im Stern-Gehaltsreport vom 22. Juli 2007 ein monatlicher Brutto-"Durchschnittsverdienst" für*

- *Elektroingenieure von 5160 Euro,*
- *Maschinenbauingenieure von 5201 Euro und*
- *Krankenhausärzte (!!!) von 3040 Euro*

angegeben.
Quellen: Gehaltsreport, Tabelle [PDF – 120 KB]

b. **Fragen und Antworten zum Fachkräftemangel**
Fachkräftemangel – dieses Thema wird seit mehr als einem Jahrzehnt diskutiert. Und die Erkenntnis, dass der demografische Wandel die Gesellschaft altern lässt, ist sogar noch älter. Politik und Wirtschaft haben sich erneut des Problems angenommen. Aber wie groß ist es eigentlich? tagesschau.de mit Antworten.
Quelle: Tagesschau.de

Anmerkung unseres Lesers K.R.: *Die Kommentare sprechen jedoch eine ganz andere und sehr deutliche Sprache: Dutzende von Lesern waren sauer über diesen Artikel und haben das geäußert sowie Ihre eigenen Erfahrungen geschildert. Es wird also schwieriger, den Lesern solchen Unsinn zu verkaufen, und das ist doch immerhin erfreulich.*

3. **Das kreative Prekariat: Es lohnt sich nicht, fleißig und gebildet zu sein**
Deutschland braucht die kreativen Köpfe – bezahlt sie aber zu schlecht: Die

Journalistin Katja Kullmann widerlegt in ihrem Buch „Echtleben“ das Märchen, dass gute Ideen und Arbeitsdisziplin zu einem guten Auskommen führen.
Quelle: FAZ

4. **Teuer und gefährlich? Privatisierte Autobahn**
   Die zunehmende Privatisierung von deutschen Autobahnen stößt auf immer mehr Kritik. Der Ausbau der Fernstraßen durch private Baukonsortien sei unwirtschaftlich, außerdem werde die Sicherheit auf den Autobahnbaustellen von den privaten Unternehmen oft vernachlässigt. Das beklagen Verkehrsexperten, Straßenbauverwaltungen und Politiker gegenüber Frontal21.
   Quelle: Frontal21
5. **Schuften bis zum Umfallen: Die Verlierer bei Subway**
   Die Fastfood-Kette Subway des Multimilliardärs Fred de Luca will 2011 in Deutschland richtig expandieren. Ende 2010 gab es rund 700 Restaurants. Viele Franchisenehmer haben ihr ganzes Geld in die Sandwich-Restaurants gesteckt – die meisten verdienen kaum etwas daran.
   Quelle: Frontal21
6. **Stuttgart 21**
   a. **„Solche Bilder“**
      Demokratie und Rechtsstaat sollen durch ihre Struktur, Regularien und Rituale eigentlich Frieden stiften. Wer sie also bewusst außer Kraft setzt und sich dessen auch noch in obszöner Weise rühmt, wie S21-Dürr es getan hat, der zwingt jeden, der von ihm gesehene Fehler korrigieren und von ihm befürchtete Katastrophen abwenden will, zu vor- und außerdemokratischen Mitteln zu greifen – oder zu resignieren. Wer dann noch eins drauf setzt und mit einem als „Schlichtung“ verschleierten Entdemokratisierungs-Experiment dem kritischen und engagierten Bürger noch die ultimative Demütigung zufügt, indem er alles auf den Tisch legen lässt, was einen Schwachsinn als Schwachsinn erkennbar macht, dann aber „April, April“ ruft und den Schwachsinn auch noch zum noch teureren Premium-Schwachsinn adelt, gegen den man leider nichts tun könne als ihn umzusetzen, der lässt dem Bürger keine Wahl, als zu den Mitteln zu greifen, zu denen bei der Baustellenbesetzung gegriffen wurde.
      Das scheinheilige mediale Geheule und Gejammere danach ist also geschenkt. Hättet ihr von Anfang an eure Rolle als vierte Gewalt wahrgenommen und dafür gesorgt, dass niemand sich das Unrecht herausnimmt., die Demokratie wider alle Vernunft bei diesem Projekt außer Kraft zu setzen, um, jeder Kontrolle und Kritik entzogen, seine „genialen“ Ideen in frischluftfreien Gremien durchzupeitschen und scheinlegal absegnen zu lassen, dann hättet ihr friedliche Kritik, Kontrolle und Korrektur im demokratischen Rahmen bekommen. Wer aber Obrigkeitsstaat

und Entmündigung sät und die Entmündigten auch noch als tumbe Wutbürger oder narzistische Wohlstands- Soziopathen schmäht, erntet irgendwann einmal basisdemokratischen Sturm. So einfach ist das. Und wenn ihr jetzt immer noch nicht hören wollt, dann riskiert ihr Schlimmeres – denn ihr treibt die Bürger immer weiter in die Entfremdung von diesem Staat und seinen Regularien. Bis die an den demokratischen Rändern den Moment der Unkorrigierbarkeit gekommen sehen.
Dann aber beschwert euch nicht. Denn es war eure Arroganz, Ignoranz und pharisäerhafte Selbstgerechtigkeit, die es lieber „wissen wollte“, anstatt zuzuhören und einzusehen.
Quelle: der Freitag Community

Dazu passen diese Videos:

b. **Neue Stufe der Eskalation**
Quelle: taz

7. **Bericht über den Missbrauch von Aufwandsentschädigungen von Europaparlamentariern soll veröffentlicht werden**
The decision could have far-reaching consequences for transparency within the European Parliament and wider European Union institutions. It will increase pressure on the parliament to publish more details of the expenses claims of MEPs including their travel expenditure, attendance records and the highly controversial €4,300 (£3,800) “go anywhere” budget given to members.
A leaked copy of the report to The Sunday Times revealed systematic abuses by Euro MPs of parliamentary allowances that enable them to pocket more than £1m from a five-year term.
Among the abuses it detailed were:
   - Payments made to assistants of MEPs who were not accredited.
   - End-of-year bonuses worth nearly 20 times the monthly salary paid to assistants, which allowed members to use up their full annual allowance.
   - Some assistants doubled their salaries by banking pay-offs from outgoing MEPs at the same time as receiving salaries from incoming ones.

Selected revelations from the Galvin Report

   - Documentation was not provided for 63 of the 105 contracts examined.

- A series of bonuses awarded MEPs' assistants between three and 19.5 times their normal salary.
- A payment was made to a crèche, supposedly for secretarial work, whose manager was a local politician from the MEP's party.
- Payments were made to national political parties.
- One MEP paid the full £182,000 staff allowance to one person, suspected of being a relative.
- The report was based on a sample of 167 payments — out of a total of 4,686 — made during October 2004.

Quelle: The Independent UK

8. **EU führt neues Lobbyregister ein – Nachbesserungsbedarf bleibt**
   Am morgigen Donnerstag startet in Brüssel ein neues Register, das für mehr Lobby-Transparenz sorgen soll. Es ersetzt das bisherige freiwillige Lpbbyregister der EU-Kommission und die vom EU-Parlament geführte Liste der Lobbyisten mit Hauszugang. Die Eintragung in das neue „Transparenzregister" bleibt freiwillig, wird jedoch die Voraussetzung für einen Hausausweis des Europaparlaments. Wer also einen Dauerzugang zum Europaparlament will, muss dann seine Lobby-Ausgaben bzw. Kunden offenlegen. Das stellt einen gehörigen Fortschritt dar, mussten doch Parlaments-Lobbyisten bisher lediglich ihren Namen und ihren Arbeitgeber nennen.
   Quelle: LobbyControl
9. **Neue Aufgabe für Koch-Mehrin**
   Silvana Koch-Mehrin, der kürzlich wegen Plagiaten ihr Doktorgrad aberkannt wurde, ist jetzt Vollmitglied des Forschungs-Ausschusses im Europaparlament geworden, dem sie bisher nur als stellvertretendes Mitglied angehörte. Bei der FDP führt dies zu Kopfschütteln.
   In der FDP-Führung wurde der Zuständigkeitswechsel von Frau Koch-Mehrin „mit Kopfschütteln" aufgenommen, sagte ein Sprecher. Führungspersonen äußerten sich aber nicht. Unterdessen teilte das Auswärtige Amt mit, das die frühere FDP-Generalsekretärin und jetzige Polen-Beauftragte Cornelia Pieper eine Ehrenprofessur der Universität „Jan Kochanowski" in Kielce erhalte. Sie werde damit für ihre Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet.
   Quelle: FAZ

Anmerkung WL: *Ein passenderer Ausschuss als der Forschungsausschuss geht nicht. Darauf wäre nicht einmal ein Satiriker gekommen.*

10. **Hochschul-Rankings und ihre Auswirkungen**
    Neben den nationalen Hochschul-Rankings gibt es seit Jahren immer mehr internationale. Die European University Assoziation (EUA), eine Art europäischer Hochschulrektorenkonferenz, hat nun viele solcher Rankings näher beleuchtet. Bei den meisten Rankings würden demnach die negative Effekte den Nutzen überwiegen. Ist die EUA also ein Ranking-Gegner? Torsten Bultmann hat sich den Report genauer angesehen.
    Das EUA-Fazit lautet, dass bei den dominierenden Rankings die nicht-intendierten negativen Effekte (»unwanted consequences«) den Nutzen überwiegen.
    Quelle: Studis Online
11. **US-Gesundheitssystem: Bankraub für einen Arzttermin**
    James Verone geht in eine Bank, raubt einen einzigen Dollar und lässt sich festnehmen: Es sieht aus wie ein Jux, ist aber der letzte Schritt eines genauen Plans. Der Amerikaner ist krank, hat keine Versicherung.
    Erschwingliche ärztliche Versorgung gibt es für ihn nur an einem Ort – im Gefängnis.
    Quelle: Spiegel-Online
12. **Obamas Abzug**
    a. **Obama gibt den Abzugsbefehl**
    Dass die USA ihre Truppen in Afghanistan reduzieren würden, war längst bekannt – offen war nur, wie stark, wie schnell und bis wann. Das waren die Fragen, als Obama in den East Room des Weißen Hauses trat und den Anfang vom Ende in Afghanistan einläutete. “Heute Abend”, sagte Obama, “finden wir Trost in der Gewissheit, dass die Flut des Krieges verebbt. … Amerika, es ist an der Zeit, sich der Staatenbildung hier zu Hause zu widmen.” Insgesamt wären damit 33.000 US-Soldaten wieder abgezogen – die gesamte “Surge”, jene Truppenschwemme, die Obama Anfang 2010 nach Afghanistan entsandt hatte. Übrig blieben dann noch rund 68.000 Soldaten, die bis 2014 weitgehend zurückkehren sollen.
    Knapp 15 Minuten brauchte Obama, um ein ganzes Kriegsjahrzehnt abzuwickeln, mit ein paar eloquenten Sätzen. Ein Jahrzehnt, wie er selbst noch einmal in Erinnerung brachte, in dem rund 6000 US-Soldaten fielen, davon mehr als 1600 in Afghanistan: “Männer und Frauen, die die Freiheit, die sie verteidigt haben, nicht mehr genießen können.” Doch die “profunden Kosten” dieser Einsätze, wie Obama es formulierte, liegen längst auch woanders – wo sie die meisten Amerikaner am eigenen Leibe verspüren: “Wir haben Billionen Dollar für Kriege

ausgegeben, bei steigender Staatsverschuldung und harten wirtschaftlichen Zeiten." Es ist gerade dieses neuerdings immer prägnantere Argument, das Obama innenpolitisch am schwersten drückt – was die jüngsten Umfragen zeigen: Die Mehrheit der Wähler ist kriegsmüde. Obama begründete seinen Entschluss nicht mit den naheliegenden, wahltaktischen Argumenten, sondern kleidete ihn vor allem in eher abstrakt-strategische Erwägungen. Drei Maßgaben, sagte er, habe er für die "surge" gesetzt: "sich neu auf al-Qaida konzentrieren, den Taliban den Schwung nehmen und die afghanischen Sicherheitskräfte trainieren, so dass sie ihr eigenes Land verteidigen können". Deren Erfolg sei nun absehbar: "Wir erfüllen unsere Ziele." Mehr als die Hälfte der Qaida-Spitze sei "ausgeschaltet", allen voran Osama Bin Laden, "der einzige Führer, den al-Qaida je kannte". Auch die Taliban hätten "ernsthafte Verluste" erlitten. Afghanistan stelle keine terroristische Bedrohung mehr für die USA dar. Das markiert zugleich auch das Ende anderer, hochtrabender US-Ambitionen – nicht nur am Hindukusch. "Wir werden nicht versuchen, Afghanistan zu einem perfekten Ort zu machen" gestand Obama ein.
Quelle: Spiegel Online

b. **Obamas Abzug aus Afghanistan: Die Deutschen stehen mit kurzen Röckchen da**
Nach der Ankündigung von US-Präsident Obama, Zehntausende US-Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, gerät auch die Bundeswehr unter Zugzwang. Sie will ihre Erfolge sichern, kann aber ohne Hilfe der US-Armee kaum bestehen. Diese Erfolge zeigen sich in klaren Geländegewinnen, in der Verunsicherung der Taliban-Führer durch nächtliche Kommando-Operationen westlicher Spezialkräfte und darin, dass die Aufständischen kaum noch den offenen Kampf suchen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass sich die Taliban mehr und mehr auf Guerilla-Aktionen wie Attentate und Sprengfallen verlegen. Eine militärische Lösung könne es nicht geben, bekräftigte Außenminister Guido Westerwelle, derzeit auf Reise in Sudan, am Donnerstag in Khartum. Die Rede des amerikanischen Präsidenten leite "einen Politikwechsel ein in Richtung politischer Lösung". Das folge der gemeinsamen, im westlichen Bündnis und mit den Afghanen verabredeten Strategie. "Die Abzugsperspektive wird konkret", sagte Westerwelle.
Quelle: SZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Was soll das, der Abzugsperspektive war schon immer konkret. Traurig nur, dass die deutsche Regierung, wie die NachDenkSeiten schon früh ahnten, anscheinend nicht vorbereitet ist.*

Was heißt hier Politikwechsel, die Verhandlungen mit den Taliban sind Abzugsgespräche mit der stärksten Kraft in Afghanistan. Es war zu erwarten, dass unsere wie auch die amerikanischen Politiker und selbst Journalisten, die es besser wissen müssten, jetzt Erfolge herbeireden, die bei einer genaueren Analyse sehr mager und als temporär zu bezeichnen sind. Der amerikanische Präsident hat zwar verklausuliert, aber für jeden, der zwischen den Zeilen lesen kann, die ursprünglichen Ziele als 'mission impossible" bezeichnet: "We won't try to make Afghanistan a perfect place". Mit anderen Worten die USA werden Afghanistan genauso wie den Irak als höchst unsicheren, unvollkommenen Ort verlassen. Thomas de Maizière, sollte sich davor hüten zu propagieren, den Abzug hänge von der Lage in Afghanistan ab. Richtig ist: "Wir gehen gemeinsam rein, und wir gehen gemeinsam raus". Uns bleibt doch gar nichts anderes übrig. Und die USA sind geistig schon raus. So viel realpolitische Erkenntnis sollte sein.

13. **Flüchtlingsdrama vor Menschenrechtsgericht – Verbotene Abschiebung**
    Afrikanische Flüchtlinge klagen in Strassburg gegen Italien wegen Abschiebung ins Folterland Libyen. Das Urteil wird erst in ein paar Monaten erwartet.
    Quelle: TAZ
14. **Wie viel sind 10 Milliarden Euro?**
    Quelle: YouTube
15. **TV-Tipps:**
    a. **Stéphane Hessel: "Empört und engagiert Euch!"**
    Der 94jährige Autor im Gespräch mit Juri Steiner
    (aus der SF-Reihe "Sternstunde Philosophie")
    3-sat, Sonntag, 25. Juni, 9:15
    b. **Georg Schramm: Meister Yodas Ende. Über die Zweckentfremdung der Demenz**
    Sonntag 26.06.2011, 17:05 Uhr, hr2-kultur
    Sonntag 03.07.2011, 17:05 Uhr, hr2-kultur
16. **Zu guter Letzt: Pelzig hält sich vom 21.06.2011**
    Quelle: ZDF-Mediathek

Anmerkung MB: *Beim kumpelhaften Heiner „Mister Handball" Brandt [PDF – 15.6 MB] wäre es ein paar Fragen und Antworten wert gewesen, warum er sich für die Arbeitgeberlobby Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft engagiert(e).*